beruhenden Präsidialkabinetten ab 1930 sei demzufolge als ein Stück Normalität betrachtet worden. In diese Richtung zielt auch Mommsens Aussage, wonach die rechtsorientierte und rechtsextreme Publizistik (z.B. H. Zehrer, H. v. Gleichen) mit ihrer Propaganda für ein „Ende der Parteien" (S. 139) und einer sogenannten „Querfront"-Regierung dem Präsidialsystem wie auch der aufstrebenden NS-Bewegung Schützenhilfe leistete. Albertin wiederum beschreibt für die Zeit der Weimarer Republik den Zerfallsprozeß der bürgerlichen Mitte (DDP, DVP, Zentrum), den er ausgehend von den katastrophalen linksliberalen Ergebnissen bei den Reichstagswahlen 1920 auch als Ausfluß der mangelnden konzeptionellen Überlegungen der liberalen Parteien interpretiert.

Abschließend bleibt zu hoffen, daß die Schriftenreihe in bewährter inhaltlicher Form fortgesetzt wird und einen hohen Verbreitungsgrad findet.

Dresden Mike Schmeitzner

Christoph Boyer, Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938). R. Oldenbourgh Verlag, München 1999. 441 S.

Während die *politischen* Aspekte der Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1938) im wissenschaftlichen Schrifttum eingehend thematisiert worden sind (vgl. u. a. die Arbeiten von Alexander, Brügel, Gajan, Kural, Seibt), ist der *ökonomischen* Dimension der Wechselbeziehungen bislang nur wenig Beachtung geschenkt worden. Insofern ist die umfangreiche Studie von Boyer als Pionierleistung zu bewerten.

Ein besonderes Problem bei der Durchführung des Vorhabens bestand darin, daß die begriffliche Abgrenzung der „Deutschen" in der tschechoslowakischen Wirtschaft auf eine zweifache Schwierigkeit stößt: zum einen ist zwischen den deutschen Staatsangehörigen der ČSR („Sudetendeutschen") und den „Reichsdeutschen" (unter Umständen auch den im Lande tätigen Österreichern) zu unterscheiden; zum anderen sind die Akteure jüdischer Herkunft in nationaler Hinsicht nicht immer eindeutig einzuordnen (zumal – was in der Arbeit unberücksichtigt bleibt – viele der ursprünglich deutschen Juden im Verlauf der zwei Jahrzehnte tschechisch optiert haben). Der Autor hat zu Recht vermieden, seine Analyse auf die Teilhabe der jeweiligen Volksgruppe am Unternehmenskapital zu stützen. Dies wäre angesichts der erwähnten Zuordnungsprobleme sowie des unzureichenden statistischen Datenmaterials ein müßiges Unterfangen gewesen. Erfolgversprechend und – um dies vorwegzunehmen – auch von Erfolg gekrönt war indes die vom Verfasser gewählte Methode der beiderseitigen nationalen Vertretungen in den tschechoslowakischen Wirtschaftsorganisationen (Abschnitt A) sowie der durch eine national geprägte Beschäftigungspolitik der ČSR und des Reichs entstandene personelle Situation in den Industrieunternehmen (Abschnitt B).

Die eingangs formulierte Hypothese, die Boyer in seiner Untersuchung zu prüfen beabsichtigte, lautet: „Ungeachtet aller scharf ... geführten Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Deutschen um nationale Besitzstände war in der Wirtschaft, in der Domäne der materiellen Interessen, die ... in der Politik, der Gesellschaft und der Kultur der Ersten Republik ... emotional aufgeputschte ... Auseinandersetzung ... vergleichsweise milde." (S. 8 f.) . Die minutiös ausgearbei-

tete, auf reichhaltige Primärquellen rekurrierende Untersuchung bestätigt überzeugend die antizipierte Vermutung. Dies belegen die dargestellten Entwicklungen der beiden Industriellenverbände – des Zentralverbandes der tschechoslowakischen Industriellen (zu deren Mitgliedern neben den tschechischen und slowakischen Unternehmen auch etliche deutsche Firmenbesitzer zählen) und des Deutschen Hauptverbandes der Industrie – in ihrem wechselseitigen Verhältnis. In den leitenden Gremien der (national nicht getrennten) Wirtschaftskammern nahm zwar das Gewicht der deutschen Vertreter tendenziell ab; dies war jedoch – so der Verfasser – nicht auf eine „tschechische Ranküne" zurückzuführen, sondern auf sich verändernde parteipolitische Konstellationen. Ungeachtet zeitweiliger national gefärbter Tendenzen setzte sich doch immer wieder eine ökonomisch rationale und damit die entsprechend qualifizierten deutschen Arbeitskräfte schützende Personalpolitik durch.

Besonders plastisch werden vom Autor die vielfachen Interessenwidersprüche herausgestellt, die im Verlauf der zwanzig Jahre unterschiedliche Wirkungen auf die nationalen Wechselbeziehungen im wirtschaftlichen Bereich ausübten: so etwa die divergierenden Interessen zwischen Wirtschaft und (Innen- sowie Außen-) Politik, zwischen einzelnen Wirtschaftszweigen, zwischen unterschiedlichen parteipolitischen Konstellationen. Ein Sonderkapitel, dem der Verfasser das gebührende Augenmerk widmet, bildet in diesem Kontext das Aufkommen des Nationalsozialismus (und der letztlich damit einhergehenden Sudetendeutschen Partei Henleins), die jedweder Kooperation von Tschechen und Deutschen ein Ende bereitete.

Bad Homburg Jiří Kosta

Cathrin Friedrich, Erich Brandenburg – Historiker zwischen Wissenschaft und Politik. Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1998. 358 S.

Für die biografische Behandlung des Leipziger Neuzeithistorikers (1868–1946) nutzte die Verfasserin Brandenburgs Nachlaß in der Leipziger Universitätsbibliothek, verstreute Briefe an verschiedene Fachkollegen und das Familienarchiv der Brandenburgs. Es entstand – um dies vorwegzunehmen – ein sorgfältig gezeichnetes und einfühlsames Porträt dieses Gelehrten aus der zweiten Reihe seiner Zunft. Durch sein vierunddreißig Jahre dauerndes Wirken als Hochschullehrer, die politische und wissenschaftspolitische Tätigkeit zählte er zu den herausragenden Persönlichkeiten der Messestadt im ersten Drittel unseres Jahrhunderts.

Friedrich behandelt nacheinander: die persönliche Entwicklung und den wissenschaftlichen Werdegang, politische Identität und Laufbahn, Geschichtswerk. Während seines Geschichtsstudiums in Berlin prägte ihn der Neo-Rankianer Max Lenz entscheidend. Brandenburg habilitierte sich 1894 in Leipzig bei Erich Marcks und ließ sich im gleichen Jahr in der Messestadt als Privatdozent nieder. Sein rascher Aufstieg (1899 a.o. Professor,1904 Ordinarius) fällt in die zwei Jahrzehnte andauernde totale Konfrontation zweier akademischer Gruppen am historischen Seminar der Universität, in der es nicht nur um Methoden (so S. 47 ff.), sondern um das gesamte akademische Leben bis zur politischen Haltung und der Unterstützung bestimmter Studentenverbindungen ging. Brandenburg stand von Anfang an neben dem 1895 nach Leipzig berufenen Gerhard Seeliger contra Karl Lamprecht. Die absolute Verweigerungshaltung dieser Herren (die beide vorzüg-